Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.56 m. Postbestellgeb. Post-Zeitungsliste. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Giro-Konto Nr. 24 v. O.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰. Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.

Für tel. Aufgr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 97. | Samstag den 27. April 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 25. April. (Kundgebung des Mittelstands gegen die Warenhäuser.) Der württembergische Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe, die Arbeitsgemeinschaft des württembergischen Handwerks, der Stuttgarter Haus- und Grundbesitzerverein, der Landesverband württ. Haus- und Grundbesitzervereine und die Vereinigung der Bürgervereine Groß-Stuttgarts hielten gestern abend im Stadtgartensaal eine Protestversammlung gegen die Erdrosselung des Mittelstands durch die Warenhäuser, Konsumvereine und Einheitspreisgeschäfte ab. Nach Referaten von Landtagsabgeordneter Liebald-Braunschweig und Bäckerobermeister, Gemeinderat Schwarz wurde eine Entschließung einmütig angenommen, in der es u. a. heißt: Die Versammlung erblickt in der Entwicklung international beeinflußter und finanzierter Warenhaus- und Großfilialkonzerne eine Erscheinung, die der deutschen Volkswirtschaft zum Nachteil gereicht. Die bei diesen Großunternehmungen üblichen Verkaufs- und Wettbewerbs-Gepflogenheiten bedeuten in vielen Fällen keinen Gewinn für deutsche Kultur und Sitte. Sie sind leider allzu oft Ausflüsse einer „Politik des Geldverdienens um jeden Preis", die bei einem Volke, das wirtschaftlich schwer darniederliegt, um so bedenklicher ist. Der gewerbliche Mittelstand nimmt bei seiner Stellungnahme gegen diese Einzelhandelsformen für sich in Anspruch, nicht nur aus Selbsterhaltungstrieb zu handeln, sondern auch dabei eine wirtschaftliche und kulturelle Aufgabe im Dienst der Volksgesamtheit zu erfüllen. Insbesondere wird gefordert: 1. Die baldige Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. 2. Die Wiedereinführung einer Warenhaus- und Filialsondersteuer und verschärfte Heranziehung zur Gewerbesteuer, um jede Bevorzugung der wirtschaftlich Stärkeren zu vermeiden. 3. Ein Verbot, womit deutschen Warenhaus-Konzernen weitere Auslandskapitaleinfuhr zur Finanzierung und Ausbreitung unmöglich gemacht wird.

Der Staatshaushaltsplan im Finanzausschuß.

Stuttgart, 26. April. Der Finanzausschuß des Landtags hat gestern nachmittag die Einzelberatung des Haushaltsplanes zunächst bei Kapitel 24, Veterinärwesen, fortgesetzt. Ein sozialdemokratischer Redner fragte nach den Resultaten der neueingeführten Trichinenschau. Ministerialrat Dr. v. Osterdag teilte hierzu mit, daß seit der Einführung der Trichinenschau siebenmal Trichinen gefunden worden seien. Auch das veterinärpolizeiliche Verfahren der Tuberkulosenuntersuchung habe sich glänzend bewährt. Der Regierungsvertreter gab dann noch Auskunft über den Tierseuchenstand in Württemberg. Darnach ist die Maul- und Klauenseuche zurzeit in Württemberg nur noch in sieben Gemeinden und neun Gehöften verbreitet. Die Kopfkrankheit der Pferde werde ebenfalls durch großzügige Versuche bekämpft. Die Geflügelseuche sei verschwunden, seitdem die Einfuhr von Nutzgeflügel aus dem Ausland untersagt worden sei. — Nunmehr wurde zurückgegriffen auf die Art. 15 und ff., besonderr Verwaltungs- und Polizeikosten. Hierüber ist Berichterstatter der Abg. Pollich (Ztr.). In der Debatte zu Kapitel 15 wurde unter anderem eine schärfere Weinkontrolle verlangt. Bei Kap. 16, Staatliche Polizei, zollte der Berichterstatter Pollich der Polizei volle Anerkennung für ihre Tätigkeit im Dienste der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Ein sozialdemokratischer Redner bezeichnete den ganzen Apparat der staatlichen Polizei als zu groß; die Ausgaben seien für Württemberg nicht tragbar. Staatspräsident Dr. Bolz gab hierauf einen Ueberblick über den Personalbestand der gesamten württ. Polizei. Ein bürgerparteilicher Redner brachte die Sprache auf die große Schädigung der Gebäude durch zu rasch fahrende schwere Kraftwagen mit unmoderner Bereifung und bat dringend um behördliche Abhilfe. Abgelehnt wurde mit fünf Ja (Soz. und Komm.) gegen acht Nein und zwei Enthaltungen (Dem.) folgender Antrag Ulrich und Genossen: Das Staatsministerium zu ersuchen, 1. eine Vereinfachung des Verwaltungsapparats bei der Polizeiverwaltung, insbesondere bei den Abteilungen des Innenministeriums und der politischen Polizei, alsbald in die Wege zu leiten; 2. die Polizeibeamten des Bereitschaftsdienstes mehr wie bisher für die polizeilichen Aufgaben des Einzeldienstes vorzubereiten; 3. die Zahl der Polizeibeamten und Offiziere des Bereitschaftsdienstes auf die geringstmögliche Zahl einzuschränken und die hierdurch freiwerdenden Mittel zur Entlastung der Steuerzahler und zur gehaltlichen Besserstellung der Polizeibeamten der unteren Besoldungsgruppen zu verwenden." — Morgen Freitag Fortsetzung.

Finanzen und Währung.

Berlin, 25. April. Im Haushaltsausschuß des Reichstags nahm Reichsfinanzminister Dr. Hilferding heute das Wort zu längeren Ausführungen über die Finanz- und Kassenlage des Reiches. Reichsfinanzminister Dr. Hilferding erklärte, die Kassenlage sei durch den **plötzlich auftretenden Bedarf der Arbeitslosenversicherung** verschlechtert. Der Minister legt die Kosten im einzelnen dar, die kassenmäßig Ende März 1929 zu decken gewesen seien, darunter der voraussichtliche Abmangel des Haushalts 1928. Dieser werde vermutlich 80 bis 100 Millionen betragen. Die Arbeitslosenfürsorge einschließlich 64 Millionen für Saisonarbeiter habe bis Ende März 1929 200 Millionen Mark erfordert. Insgesamt habe der Kassenbedarf Ende März 1635 Millionen Mark betragen. Davon seien rund 400 Millionen auf Schatzwechsel genommen, 100 Millionen seien Kontokorrent bei der Reichsbank, die übrigen Summen seien von der Post, Reichsbahn, Preußenkasse und Seehandlung zur Verfügung gestellt. Es sei ein Spitzenbetrag von 150 Millionen Mark geblieben, der durch einen Kontokorrent-Kredit der Banken gedeckt worden sei. Die Kassenlage habe sich im April verschlechtert infolge der **weiteren Ansprüche der Arbeitslosenversicherung**, die im April 65 Millionen Mark betragen haben und voraussichtlich im Mai weitere 30, im Juni weitere 15 Millionen betragen werden. **Bis Ende Juni wird also die Arbeitslosenversicherung voraussichtlich insgesamt 270 Millionen in Anspruch genommen haben.** Dabei ist der Steuereingang infolge der Verhältnisse in der Landwirtschaft, im Gewerbe usw. sowie der Nachlässe und Stundungen stark verlangsamt. Die Kassenlage habe sich im April um 30 Millionen Mark gegenüber März verschlechtert. Gestern ist deshalb mit den Banken ein Kredit im Betrage von 170 Millionen Mark abgeschlossen worden, indem sie Drei-Monats-Schatzanweisungen zu 7⅔ v. H. (nach der Diskonterhöhung 8⅔ v. H. Die Schriftltg.) und ⅓ v. H. Provision übernommen haben. Zur Behebung der Schwierigkeiten der Kassenlage müssen nun eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden. **Die Reform der Arbeitslosenversicherung mit dem Ziel, das Reich von stoßweisen Ansprüchen der Versicherten zu entlasten, sei die dringlichste Aufgabe.** Begonnen sei bereits die Ausarbeitung eines Entwurfes. Die Reichsregierung lege auf eine möglichst beschleunigte Erledigung größten Wert. An Stelle der Inanspruchnahme der Banken, die künftig aufhören müsse, würden verschiedene Maßnahmen erwogen. Die Kassenfehlbeträge seien abgegrenzt und dürften und würden nicht erweitert werden. Maßnahmen seien nur notwendig, um für einen Spitzenbedarf dauernd Deckung zu suchen. Das Kassendefizit müsse allmählich abgedeckt werden. **Die Folge einer stärkeren Inanspruchnahme des Geldmarktes durch das Reich könne nur eine Verknappung der Mittel für die Wirtschaft sein. Das sei sehr bedauerlich, aber keineswegs eine Gefährdung der Währung; denn die Reichsbank selbst sei in keiner Weise genötigt, deshalb ihre Kreditgewährung auszudehnen. Die Währung selbst stehe also unter allen Umständen absolut fest.**

Sitzungen des Reichsverbands der deutschen Industrie.

Breslau, 25. April. Die Gremien des Reichsverbands der deutschen Industrie hielten heute in Breslau unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverband der deutschen Industrie, Frowein-Elberfeld, Sitzungen ab, die zu einem wesentlichen Teil den Pariser Sachverständigenverhandlungen gewidmet waren. Die Stellung der meisten Gremien des Reichsverbands zu der Konferenz wurde an die deutsche Delegation in Paris in einer Drahtung weitergeleitet, in der es heißt, die deutsche Industrie sei der festen Ueberzeugung, daß nur eine Lösung der Reparationsfrage, die der schweren deutschen Wirtschaftslage voll Rechnung trägt, den Voraussetzungen entspricht, unter denen die Konferenz zustandegekommen ist. Nur eine solche Lösung könne die notwendige internationale Beruhigung herbeiführen und eine dauernde Gewähr für die Stabilität und Entwicklung der Wirtschaft bieten. Präsidium und Vorstand schließen sich deshalb einmütig der von den Sachverständigen eingenommenen Haltung an. Die Besprechung in Paris gab Anlaß zu umfangreicher Kritik unserer gegenwärtigen Wirtschaft und Sozialpolitik und umriß die Aufgaben, vor die Regierung, Parlamente und Wirtschaft in der nächsten Zukunft gestellt sein werden. Im Hinblick auf den Antrag der Gewerkschaft, die Löhne der Eisenbahner um 6 Pfg. für die Stunde zu erhöhen, hielt Generaldirektor Waibel einen längeren Vortrag, in dem er ausführte, dieser Antrag würde eine Mehrbelastung von jährlich 81 Millionen RM. bringen, nachdem die Löhne und Gehälter in 3½ Jahren seit 1. Oktober 1924 um 856 Millionen Reichsmark gestiegen seien. Die durch die Mehrforderungen der Eisenbahner zwangsläufig sich ergebende Erhöhung der Eisenbahntarife wurde vom Präsidium und Vorstand einmütig als untragbar bezeichnet.

Die Sozialdemokraten gegen Hilferding.

Berlin, 26. April. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag nach der Vollsitzung eine Fraktionssitzung ab, in der sie sich in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers Wissell und des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigte. Nach mehrstündiger Aussprache gab die Fraktion den nachstehenden Bericht: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß sich das Gesetz für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung in der kurzen Zeit seines Bestehens im allgemeinen gut bewährt und mit dazu beigetragen hat, die ungewöhnlich starke Massen-Arbeitslosigkeit des letzten Winters zu überstehen. Die ungünstige Kassenlage des Reiches steht nur zu einem Teil mit dem unerwartet hohen Finanzbedarf der Reichsanstalt während des strengen und langen Winters in Zusammenhang. Die Fraktion hält deshalb einen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung weder für geeignet, die Finanznot des Reiches zu beseitigen, noch wäre es sozial und wirtschaftspolitisch tragbar. Um die Reichsanstalt für ihre weitere Tätigkeit ausreichend zu finanzieren, erklärt sich die Fraktion bereit, einer notwendigen und befristeten Beitragserhöhung ihre Zustimmung zu geben. Sie ist zur Beseitigung nachweislich bestehender Mißstände bereit. Die Prüfung und Feststellung tatsächlich vorhandener Mißstände und Vorschläge für deren Beseitigung sollen durch eine aus Sachverständigen des Parlaments und der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen bestehende Kommission erfolgen. Die Fraktion schlägt ferner die Fortführung der Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit vor.

Ausland.

Die Hochfinanz wird unruhig.

Paris, 26. April. In Finanzkreisen beginnt sich eine zunehmende Beunruhigung wegen der Konferenzvorgänge auszubreiten. Die Kritik an den Sachverständigen wird immer schärfer und findet bereits in den Stimmungsberichten der Blätter ihren Niederschlag. Es wird mitgeteilt, daß die französische Hochfinanz noch eine Woche warten wolle, bevor sie zu den Verteidigungsmaßnahmen gegen die Sachverständigen übergehen werde. Sollten aber die Herren im Hotel George V. nicht an die ihnen gestellte Aufgabe herantreten, die Zahlenfrage auf Grund der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu regeln, so würde es mit der höflichen Zurückhaltung der Finanzkreise zu Ende sein. „Man möge sich doch nicht im Hotel George V. einbilden, daß Deutschlands Währung zusammenbrechen könnte. Der Dawesplan ist nicht mehr zu halten, das ist richtig, aber die Mark, abgesehen von einigen Schwankungen, wie sie auch das englische Pfund gezeigt hat, wird nicht in Frage gestellt. Dagegen stehen uns sehr schlechte Tage bevor, wenn die finanziellen Besprechungen zwischen Deutschland und Frankreich durch die Hartnäckigkeit der Sachverständigen und den eventuellen Zusammenbruch der Konferenz gehemmt werden sollten." So schreibt der Finanzberichterstatter eines Boulevard-Blattes. Die poincaristische Presse verzapft weiter ihre Legende von einer Panikgefahr für Deutschland. In der Linkspresse macht sich aber ein dem Ministerpräsidenten unangenehmer Ton bemerkbar. Der Deputierte Lautier warnt im „Homme Libre" die französischen Sachverständigen und Herrn Poincaré, die deutschen Vorschläge weiterhin als „lächerlich" zu bezeichnen. Das Blatt macht sich über den Ministerpräsidenten lustig, der den Dawesplan als „französische Position" bezeichnet in dem Augenblick, wo es klar geworden ist, daß der Dawesplan finanziell keine sichere Reparationsgrundlage mehr bilden könne.

Pariser Hetze gegen Dr. Eckener.

Paris, 26. April. Die „Action Francaise" will von ihren Anhängern in Le Creuzot eine ganze Reihe von Protesttelegrammen erhalten haben. Der Zeppelin habe „mit einer provozierenden Langsamkeit" und in einer Höhe von nur hundert Metern sämtliche Anlagen der bekannten französischen Rüstungsfabrik von Schneider-Creuzot überflogen. Zwei französische Flugzeuge, die das Luftschiff in großer Höhe begleiteten, hätten „zur Entrüstung der Bevölkerung" ruhig zugesehen, wie der Zeppelin sein Erkundigungsgeschäft vornahm. „Man muß sich wirklich fragen," schreibt das royalistische Blatt, „ob die Regierung von dieser merkwürdigen Reiseroute des Luftschiffes unterrichtet worden ist und ob sie diese wirklich genehmigt hat. Haben die deutschen Luftschiffe wirklich die Erlaubnis von Herrn Painlevé, die Organe unserer nationalen Verteidigung zu photographieren? Wird man ihnen auch erlauben, wenn einst wirklich unsere Grenze befestigt wird, diese Festungswerke nacheinander von oben her zu studieren? Wird man vielleicht nächstens zusehen müssen, wie Dr. Eckener unsere großen militärischen Manöver im Film aufnimmt?" Die „Action Francaise" müßte sich klar sein, daß sie mit ihren hysterischen und gänzlich unbegründeten Anwürfen ein Element des Mißtrauens in den internationalen Luftverkehr hineinträgt, das sich auch für Frankreich recht ungünstig auswirken könnte. Französische Flugzeuge verkehren täglich über Deutschland, ohne daß deswegen bisher in der deutschen Presse irgend ein Zeichen des Protestes oder der nervösen Angst gezeigt hätte.

Englische Urteile über die Diskonterhöhung.

London, 26. April. Die Erhöhung des Berliner Diskontsatzes wird von allen Blättern in Zusammenhang mit der Reparationskrise lebhaft diskutiert. Viele Blätter erwarten ein baldiges Stocken der Reparationsüberweisungen als Folge der starken Goldverluste der Reichsbank. Die Finanzkreise der City sind jedoch anderer Meinung. Der Geldmarkt hat die Heraufsetzung der deutschen Bankrate mit solcher Ruhe aufgenommen, daß sich die „Times" zu einer Warnung vor einer allzu großen Sorglosigkeit veranlaßt sieht. Weder die Presse noch die City nimmt den Vorwurf der Pariser Blätter auf, der Reichsbankpräsident habe die kritische Lage in Berlin planmäßig herbeigeführt, um Einfluß auf die Reparationsberatungen auszuüben. Der Berliner Korrespondent der „Times" widerlegt dieses durchsichtige Pariser Pressemanöver ausführlich und macht dabei die interessante Feststellung, daß die Bank von England bis zur vergangenen Woche sich dringend gegen eine Heraufsetzung der Berliner Sätze ausgesprochen habe. Dies sei auch der Grund für die Verschiebung der Erhöhung gewesen.

Parker Gilbert amtsmüde?

Newyork, 26. April. In bestimmten Washingtoner und diplomatischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß Parker Gilbert amtsmüde sei und trotz aller Dementis seinen Rücktritt beabsichtige. Diese pessimistische Schule will sogar wissen, daß Amerika bei einem Rücktritt Parker Gilberts gegen die Ernennung eines anderen Amerikaners als Nachfolger sei und es vorziehen würde, wenn der Hauptgläubiger Deutschlands, also Frankreich, den Nachfolger für den Reparationsagenten stellte. Unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit wird sogar schon der Präsident der Bank von Frankreich, Moreau, als Nachfolger genannt. Da diese Versionen geflissentlich vertraulich in Umlauf gesetzt werden, verdienen sie, in die Oeffentlichkeit gebracht zu werden, damit sie abgetan werden können.

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Gemeinschaft.

Was kannst du den Menschen sein, was können sie dir sein, wenn es sich in eurem Verkehr nicht darum handelt, Verständnis zu erzielen, sondern eben nur seine Meinung unverändert zu behalten? Wagner.

Die Menschen denken über die Vorfälle des Lebens nicht so verschieden, als sie darüber sprechen.

Lichtenberg.

Nur wer allein war, kann mit andern gehn. Oeser.

Neuenbürg, 26. April. (Unterer Schwarzwald-Nagoldturngau.) Alljährlich im Mai ruft die Deutsche Turnerschaft sämtliche ihr angeschlossenen Vereine zum all-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gemeinen Wandertag auf. Wenngleich der Blütenmonat so manchen zum Wandern hinauslockt, um in der erwachenden Natur Augenweide zu halten, und sich an den lieblich duftenden Blüten zu ergötzen, so kommt diesem allgemeinen Wandertag noch eine besondere Bedeutung zu. Es ist der „Götz-Wandertag", welcher zu Ehren ihres langjährigen und treuen Führers und Förderers unseres deutschen Turnens, des verstorbenen Sanitätsrats Dr. Ferd. Götz-Leipzig-Lindau, veranstaltet wird. Ihm verdankt die deutsche Turnerschaft ihren machtvollen Aufschwung, den sie in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Vom Scheitel bis zur Sohle war er ein echter deutscher Turner bis in sein hohes Alter, der nicht ruhen und rasten konnte. Er prägte das vielsagende Wort „Mit Herz und Hand fürs Vaterland". Der untere Schwarzwald-Nagoldturngau unternimmt am 5. Mai, als dem allgemeinen Wandertag, seine Wanderung nach Hirsau. Hirsau selbst bildet durch seine idyllische Lage und Naturschönheiten einen gewissen Anziehungspunkt, so daß wohl mit einer stattlichen Teilnehmerzahl zu rechnen sein wird. Daselbst wird noch ein Frühjahrswanderlauf für Turner (5—6 Km.) und für die Jugend (3—4 Km.) durchgeführt. Die Enztalvereine treffen sich gegen 8 Uhr in Calmbach, während die Waldvereine sich in Oberreichenbach anschließen. Die Vereinigung mit den Nagoldvereinen erfolgt in der Bleiche bei Hirsau, von wo aus gemeinsam dem Endziel zugesteuert wird. Turnerische Vorführungen, Spiele usw. werden den Nachmittag beleben, bis die Zeit zur Rückkehr gekommen ist. Kein Turner sollte daher nach der harten Winterzeit zu Hause bleiben und in seinem Teil zu dem guten Gelingen dieses allgemeinen Wandertages beitragen. Sch.

(Wetterbericht.) Süddeutschland befindet sich an der Grenze des Wirkungsbereichs einer nördlichen Depression und eines westlichen Hochdrucks. Für Sonntag und Montag ist immer noch unbeständiges, zeitweilig bedecktes Wetter zu erwarten.

Vermischtes.

Den Gerichtsvollzieher niedergeschlagen. Als ein Gerichtsvollzieher in der Nähe von Chester (England) auf dem Lande eine Pfändung vornehmen wollte, wurde er von dem Gastwirt, bei dem diese Pfändung vorgenommen werden sollte, niedergeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Nachher erschoß der Gastwirt erst seine Frau und dann sich selbst.

Schiffsbrand im Hafen von Egersund. Am Donnerstag nachmittag traf das norwegische Motorschiff „Thalatta" aus Oslo brennend im Hafen von Egersund in Südnorwegen ein. Bereits am Mittwoch abend war Feuer im Achterschiff ausgebrochen, ohne daß es möglich war, des Feuers auf hoher See Herr zu werden. Die Besatzung hoffte jedoch noch, das Schiff nach Egersund führen zu können, wo ein Löschschiff bereit lag. Als aber das Schiff in die Nähe des Hafens kam, wurde die Hitze so unerträglich, daß das Schiff von den Maschinisten verlassen werden mußte. Nähere Angaben über die Beladung und die Besatzung des Motorschiffs liegen noch nicht vor.

Neueste Nachrichten.

Freiburg, 26. April. Im Alter von 78 Jahren ist heute abend Frhr. von und zu Bodman, der letzte Staatsminister des ehemaligen Großherzogtums Baden, nach längerer Krankheit gestorben.

Köln, 26. April. In der letzten Zeit tauchten in Köln auffallend viel gefälschte Ein-Mark-Stücke auf. So gingen bei der Reichsbank Geldrollen ein, die manchmal 10 bis 50 gefälschte Ein-Mark-Stücke enthielten. Die Ermittlungen führten nach Immigrath bei Köln, wo man eine Falschgeldwerkstatt entdeckte, in der die falschen Ein-Mark-Stücke hergestellt wurden. Fünf Personen wurden festgenommen. Die Täter haben nach ihren eigenen Angaben 8 bis 10000 Mark falsche Ein-Mark-Stücke hergestellt. Die Fälschung war ganz vorzüglich gemacht, so daß die Stücke sogar von den sehr gewiegten Geldzählern der Reichsbank nicht sogleich als falsch erkannt werden konnten.

Passau, 26. April. Im Januar unternahm der Ingenieur Dünebeil aus Hagenau mit der Telegraphenassistentin Marie Ottilie Friedrich aus Zwickau eine Schitur in den Bayerischen Wald. Die beiden kehrten nicht mehr zurück und alle Nachforschungen der Angehörigen blieben erfolglos. Ihr Begleiter wurde kurze Zeit darauf in eine Heilanstalt bei Remscheid übergeführt und hat angeblich dort jetzt gestanden, Fräulein Friedrich ermordet zu haben. Tatsächlich fand ein Wachtmeister der Station Zwiesel Fräulein Friedrich am Falkenstein im Bayerischen Wald tot auf. Eine Gerichtskommission hat sich nach dem Tatort begeben.

Magdeburg, 26. April. Zu der Angelegenheit des unter Pestverdacht im Schönebecker Hafen festgehaltenen Kahnes „Oberländer 10" wurden heute vom Polizeipräsidium Magdeburg Pressevertretern Mitteilungen gemacht, wonach keinerlei Pestgefahr bestehe. Alle durch die Seuchengesetzgebung vorgeschriebenen Maßnahmen sind rechtzeitig getroffen worden. Die ärztliche Untersuchung habe die völlige Gesundheit der gesamten Mannschaft des Kahnes, die das Schiff übrigens bereits acht Tage vor seiner Festlegung verlassen hatte, erwiesen. Die Ladung des Kahnes wird jetzt umgeladen, damit der unverdächtige Teil an seinen Bestimmungsort gebracht und gleichzeitig der verdächtige Teil genau untersucht werden kann. Bei dem Ausladen des Kahns sind, so wurde weiter mitgeteilt, übrigens keine Ratten gefunden worden.

Wattenscheid, 26. April. Die Todesopfer des Explosionsunglücks auf der Zeche „Humboldt" haben sich inzwischen auf sechs erhöht. Unter ihnen befindet sich ein Arbeiter Zwing aus Berlin.

Dresden, 26. April. In der Erziehungsanstalt in Dresden-Leuben hat gestern abend zwischen neun und zehn Uhr eine Gruppe von Zöglingen gemeutert. Zur Wiederherstellung der Ordnung mußte von der Anstaltsleitung polizeiliche Hilfe angefordert werden. Schon während des Mittagessens hatten mehrere Zöglinge, der Anstaltsordnung zuwider, politische Lieder gesungen, was ihnen vom Aufseher untersagt wurde. Abends im Schlafsaal wurde das Singen gleichwohl demonstrativ fortgesetzt; auch warfen die Zöglinge sämtliche Gegenstände im Schlafraum durcheinander und steckten einen Strohsack und Deckkissen vorsätzlich in Brand, wodurch die Dielen und eine Tür Feuer fingen. Außerdem wurde ein eiserner Ofen zertrümmert und Stücke desselben ins Treppenhaus geworfen. Neun von den Zöglingen, unter ihnen zwei Jugendliche, sind vorläufig festgenommen worden.

Stuttgart, 26. April. Nach einer Mitteilung der Stuttgarter Licht- und Kraftwerke beläuft sich der Schaden, der ihnen durch Entwendung von Material zur Herstellung von Radioapparaten erwachsen ist, auf nur etwa 1400 Mk. Der Schuldige, der Techniker Hoffmann, befindet sich wieder auf freiem Fuß. Er hat Deckung des Schadens zugesichert. Von einem durch Verletzung des Fabrikgeheimnisses entstandenen Schaden könne kaum gesprochen werden.

Berlin, 26. April. Der Privatdiskont wurde heute für beide Sichten um je $\frac{1}{8}$% auf $7\frac{1}{8}$% erhöht.

Berlin, 26. April. Der Reichsrat hat den vom Reichstag in dritter Lesung angenommenen Gesetzentwurf über Erhöhung der Anleiheermächtigung um rund 201 Millionen am Freitag nachmittag gleichfalls angenommen.

Berlin, 26. April. Das Schöffengericht verurteilte heute den Bankbeamten Dr. Gaern und seinen Vater wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges zu einem Jahr drei Monaten bezw. zehn Monaten Gefängnis. Dr. Gaern, der in der Kreditabteilung einer Bank tätig war, bewog Kunden, indem er sich den Anschein gab, als ob er selbst die Kredite zu bewilligen hätte, ihm persönlich größere Darlehen zu geben. Zusammen mit seinem Vater, einem pensionierten Ministerialbeamten, hatte er sich unter falschen Vorspiegelungen Gelder in Höhe von 20000 Mark geborgt.

Berlin, 26. April. Der Reichstag genehmigte endgültig die Anleiheermächtigung über rund 200 Millionen Reichsmark und setzte die zweite Lesung des Etats des Reichsarbeitsministeriums fort.

Danzig, 26. April. Der Polizeipräsident der Freien Stadt Danzig hat, wie aus einer kommunistischen Erklärung in der heutigen Volkstagssitzung hervorging, die Teilnahme des Kommunistenführers Max Hölz an einer von den Kommunisten am 1. Mai in Danzig geplanten Kundgebung verboten. Falls Max Hölz in das Danziger Staatsgebiet einreisen sollte, würde er von der Polizei über die Grenze abgeschoben werden und jede Versammlung, an der Max Hölz teilnehmen würde, würde von der Polizei aufgelöst werden.

Heydekrug, 26. April. Das dreistöckige Hotel Germania, das der Hotelbetriebs-A.G. in Memel gehört, ist heute vollständig niedergebrannt. Auch die zum Hotel gehörenden Nebenräume sind zum Teil eingeäschert. Ein 19 Jahre alter Handlungsgehilfe, der in einer Kammer im dritten Stockwerk des Hotels schlief, hat den Tod gefunden. Zwei junge Mädchen erlitten beim Abspringen aus ihrer Schlafkammer schwere Verletzungen. Das Feuer ist vermutlich in der Mädchenkammer zum Ausbruch gekommen. Zur Hilfeleistung war auch die Memeler Feuerwehr erschienen. Der Schaden wird auf 3—400000 Lit geschätzt.

Brüx, 26. April. Eine merkwürdige Verkettung von Umständen brachte heute der Familie des Milchhändlers Marzins in Maria-Ratschitz Leben und Tod. Während die Frau des Milchhändlers glücklich von einem Kind entbunden wurde, wurde das erste Kind der Familie, ein 7jähriges Mädchen auf der Straße durch ein Lastauto getötet, das von dem Sohn der Geburtsassistentin gelenkt wurde, die zu gleicher Zeit der Mutter Beistand leistete.

Paris, 26. April. Der Siebenerausschuß hat seine Sitzung am Freitag nicht gehalten. Dr. Schacht konferierte mit Parker Gilbert. In Paris wird man über die Frankenentwicklung an der Newyorker Börse nervös.

London, 26. April. Die englischen Indien-Flieger sind nach 50½stündigem Flug in Karachi gelandet. Damit ist der erste ununterbrochene Indienflug geglückt.

London, 26. April. Im Unterhaus erklärte der Erste Lord der Admiralität auf eine Anfrage, das gegenwärtige Verhältnis der im Dienst befindlichen Unterseeboote aller Typen sei das folgende: Britisches Reich 50, Vereinigte Staaten 122, Frankreich 52 und Italien 43.

London, 26. April. Großfürst Michael von Rußland ist heute morgen hier gestorben.

Newyork, 26. April. Von dem Wirbelsturm, der, wie gemeldet, gestern über den südlichen Teil des Staates Georgia hinweggegangen ist, ist auch Südkarolina erfaßt worden. Nach den bis heute früh vorliegenden Meldungen sind über 60 Personen getötet worden. Der angerichtete Schaden ist erheblich.

Atlanta (Georgia), 26. April. Bei dem Wirbelsturm sind nach den letzten Meldungen 71 Personen ums Leben gekommen. Mehrere hundert sind verletzt und hunderte obdachlos geworden. Es ist außerordentlicher Schaden an Gebäuden und an der Ernte angerichtet worden.

Schanghai, 26. April. Wie die Nachtausgabe aus Schanghai meldet, liegt Oberst Bauer, der als wirtschaftlicher und industrieller Berater Tschangkaischeks in China weilt, in überaus ernstem Zustande in Schanghai im Isolationshospital. Die Untersuchung hat ergeben, daß Oberst Bauer an Pocken erkrankt ist.

Beleidigungsprozeß der Reichsbahn gegen eine Münchener Wochenschrift.

München, 26. April. Vor dem Schwurgericht München wurde heute über den Beleidigungsprozeß der Reichsbahn gegen die Wochenzeitschrift „Süddeutsche Sonntagspost" verhandelt. Dieses Blatt hatte in seiner Ausgabe vom 22. Juli 1928 anläßlich des schweren Eisenbahnunglücks im Münchener Hauptbahnhof einen Artikel „Wir warnen den Schnellzug Berlin—München — Brennende Schwellen" gebracht, in dem die Eisenbahndirektion den Vorwurf schwerster Pflichtverletzung gegen sich erblickte. Das Urteil lautete wegen eines Vergehens der einfachen Beleidigung für Redakteur Rabe und Chefredakteur Tschippik auf je 1000 Mark Geldstrafe, ersatzweise einen Monat Gefängnis, Publikationsbefugnis der Reichsbahn in den „Münchener Neuesten Nachrichten" und der „Süddeutschen Sonntagspost" und Unbrauchbarmachung der Platten und Formen.

Das Explosionsunglück in der Nürnberger Bleistiftfabrik.

Nürnberg, 26. April. Das schwere Explosionsunglück in der Mars-Bleistiftfabrik ist, soweit es die in den Blättern veröffentlichten Augenzeugenberichte zu vermuten erlauben, durch eine Explosion oder spontane Entzündung des zum Ueberziehen der Bleistifte benutzten Lacks herbeigeführt worden. Der Lack wird im Spritzverfahren durch von Arbeiterinnen bedienten Maschinen auf die Bleistifte aufgetragen. Während die Maschinen im Betrieb waren, war gleichzeitig an einer Maschine ein Schlosser damit beschäftigt, mittels einer elektrischen Bohrmaschine ein Loch zu bohren. Man will nun beobachtet haben, daß an dieser Bohrmaschine sich plötzlich eine kleine Flamme zeigte. Die Lösungsmittel, mit denen der Lack zersetzt ist, haben nun anscheinend Gase und Dämpfe entstehen lassen, die sich an der kleinen Flamme entzündeten und sofort unter heftiger Detonation eine riesige Stichflamme erzeugten, von der im Augenblick die zunächst stehenden Arbeiterinnen eingehüllt waren. Unter der Belegschaft brach eine Panik aus, die die Flucht sehr erschwerte, zumal, da das Feuer an den vielen tausenden von fertigen Bleistiften und an den Lackvorräten reiche Nahrung fand und sich mit ungeheurer Geschwindigkeit durch den Raum verbreitete. Infolge des Unglücksfalls bleibt die Fabrik bis auf weiteres geschlossen.

Urteil gegen Simon und Bloch wegen Steuerhinterziehung.

Saarbrücken, 26. April. Nach zweitägigen Verhandlungen vor der hiesigen Strafkammer wurde das Urteil gegen die Inhaber der hiesigen Textilfirma Simon & Bloch, Armand Simon und Albert Bloch, die in den Jahren von 1923 bis 1927 die Stadt Saarbrücken und den Fiskus nach Schätzung der Sachverständigen um 700000 Franken durch Steuerhinterziehung betrogen, gefällt. Das Urteil lautete auf je 500000 Franken Geldstrafe oder für je 50 Franken einen Tag Gefängnis, jedoch nicht mehr als insgesamt 2 Jahre und Tragung der Kosten des Verfahrens. Die Verurteilten erklärten, das Urteil nicht annehmen zu wollen.

Die Begründung des Staatsgerichtshofs zum Urteil über das württembergische Wahlgesetz.

Leipzig, 26. April. Das noch unter dem alten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons ergangene Urteil des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, welches ausspricht, daß der Artikel 20, Absatz 2, des württembergischen Landtags-Wahlgesetzes vom 4. April 1924 gegen die Reichsverfassung verstößt, liegt jetzt in der schriftlichen Begründung vor. Dem umfangreichen, 20 Seiten langen Urteil entnehmen wir folgendes:

„Es kann bei dem engen Zusammenhang beider Verfassungen, der württembergischen und der Reichsverfassung, nicht bezweifelt werden, daß die Verfassung Württembergs unter dem gleichen Wahlrecht dasselbe vorsieht wie die Reichsverfassung, und daß die Grundsätze der Verhältniswahl, deren Anwendung sie vorschreibt, keine anderen sind, als die in Art. 17 der Reichsverfassung bezeichneten. Daraus folgt, daß Art. 20, Abs. 2 des Landtagswahlgesetzes, wenn er die Reichsverfassung verletzt, gleichzeitig gegen die Verfassung Württembergs verstößt. Auch unabhängig von seinem Verhältnis zur Verfassung Württembergs entbehrt der Artikel 20, Abs. 2 LWG., schon dann der Rechtswirksamkeit, wenn er der Reichsverfassung widerstreitet. Dafür, ob ein solcher Widerstreit vorliegt, ist es aber unerheblich, mit welcher Mehrheit der württembergische Landtag die Vorschrift angenommen hat. Die Grundsätze der allgemeinen gleichen unmittelbaren und geheimen Wahl haben sich entwickelt für die alte Mehrheitswahl. Artikel 17 Reichsverfassung (ebenso Artikel 22 für die Reichstagswahl) haben sie übertragen auf die von ihm für die Volksvertretung vorgeschriebene Verhältniswahl. Von der Bedeutung, die den benannten großen Grundsätze, insbesondere der Gruppe der gleichen Wahl im Rahmen der Verhältniswahl besitzen, hängt die Entscheidung des vorliegenden Streitfalles ab. Der einzelne Wähler nimmt durch das ihm zustehende Wahlrecht an der Bildung des zu wählenden Vertretungskörpers teil. Wenn bei ihr alle Wähler in gleichem Maße mitwirken, ist ihr Wahlrecht gleich. Dazu genügt aber noch nicht, daß jede abgegebene Stimme einmal, und nur einmal gezählt wird. Erforderlich ist vielmehr, daß jede Stimme auch bei der Bewertung der Stimmen das gleiche Gewicht besitzt. Nicht der sogenannte Zählwert, sondern der sogenannte Erfolgswert gibt der Stimme ihre wirkliche Bedeutung. Er muß also für jede abgegebene Stimme der gleiche sein. Man kann auch nicht etwa sagen, daß eine ungleiche Ausgestaltung des Wahlrechts nur dann vorliege, wenn die Bewertung der Stimmen abhängig gemacht werde von Umständen, die außerhalb des Wahlverfahrens liegen, zum Beispiel Vermögen oder Alter. Sie ist vielmehr ebenso dann gegeben, wenn Erfordernisse aufgestellt werden, denen jede Partei nur genügen kann, sofern sie die dazu nötigen Stimmen erzielt. Denn auch eine Vorschrift dieser Art, die sich äußerlich als bloße Verschärfung der im Wahlverfahren selbst zu erfüllenden Bedingungen darstellt, hat die Wirkung, daß sie die Zuteilung von Abgeordnetensitzen an Voraussetzungen knüpft, die nicht bei jeder Partei oder Gruppe vorzuliegen brauchen, die also von vornherein eine erfolgreiche Wahlbeteiligung der zu solchen Parteien oder Gruppen gehörigen Wähler ausschließt, oder wenigstens erschwert. Die Richtigkeit dieser Erwägung wird gerade durch eine Prüfung des hier strittigen Artikels 20, Absatz 2 LWG., bestätigt. Er scheint zunächst alle Wähler, Parteien, Wahlgruppen gleich zu behandeln. Er eröffnet ihnen gleichmäßig den Weg zum Parlament, sofern nur ihre Bezirksvorschlagslisten, wenigstens in einem Wahlbezirk die Wahlzahl oder in 4 Bezirken je ein Achtel der Wahlzahl erreichen. Indessen trügt dieser Schein. In Wirklichkeit vermögen die größeren Parteien dieser Bedingung sehr viel leichter nachzukommen, als die kleinen. Letztere, und besondere also die neuauftretenden Parteien, können die ihnen nach ihrer Stimmenzahl gebührenden Abgeordnetensitze erheblich schwerer erlangen als erstere. Die Niederhaltung der kleinen Parteien, die Verhinderung von kleinen Sektenbildungen war denn auch der ausgesprochene Zweck der Vorschrift. Diesen Zweck verfolgte sie nicht bloß in ihrer ersten Fassung, in der sie der Erreichung entweder der Wahlzahl durch eine Kreisvorschlagsliste oder der Hälfte der Wahlzahl durch die Listen forderte. Auch in ihrer jetzigen Fassung, nach der es genügt, wenn entweder die Wahlzahl in einem Bezirk oder in 4 Bezirken je ein Achtel der Wahlzahl erreicht wird, dient sie der gleichen Absicht. Die Wirkung der Vorschrift erschöpft sich aber nicht in der Bevorzugung der großen Parteien, sie schafft auch einen Unterschied zwischen den Parteien, die in einzelnen Wahlbezirken festen Fuß gefaßt haben und dort über größere Wahlmassen verfügen. Ausgesprochen städtische und ebenso ausgesprochen ländliche Parteien genießen einen Vorteil vor den über das ganze Land gleichmäßig verbreiteten Parteien. Ebenso werden konfessionelle Parteien bevorzugt, die sich je nach ihrem kirchlichen Bekenntnis in ungemischten Gegenden auf eine geschlossene Anhängerschaft stützen können. So hat beispielsweise der Christliche Volksdienst, der mit seinen 43648 Stimmen nur rund 4000 Stimmen mehr erzielt hat als die leer ausgehende Volksrechtpartei, 3 Mandate gewonnen, weil er in 5 Wahlbezirken über die zur Erreichung des Achtels der Wahlzahl nötigen Wähler verfügte. Ein vielleicht nicht so klar hervortretender zweifellos vorhandener Unterschied ergibt sich aus der derzeitigen Vorschrift noch zu Gunsten der in den großen Wahlkreisen heimischen Parteien, denn je größer der Wahlkreis, umso leichter ist es, in ihm das mehrerwähnte Achtel zusammenzubringen. Die Erreichung der Wahlzahl ist außer in Stuttgart überhaupt nur in 2 bis 3 großen anderen Wahlkreisen möglich. Bei der Wahl vom 20. Mai 1928 ist dies von Stuttgart abgesehen, nur der Sozialdemokratischen Partei in Heilbronn gelungen. Die Wähler der weitaus meisten Wahlkreise können die erste Bedingung des Artikels 20, Abs. 2 überhaupt nicht erfüllen. Aber auch die zweite ist ein starkes Hemmnis für die Parteien, die in den, wie betont worden, äußerst zahlreichen kleinen Wahlkreisen wurzeln. In einem Wahlkreis mit beispielsweise 25000 Wahlberechtigten ist es leichter, 1751 Stimmen (das Achtel der Wahlzahl vom 20. Mai 1928) zusammenzubringen, als in einem mit nur 15000 Wählern. Die strittige Bestimmung verteilt demnach nach mehreren Richtungen hin das Gewicht der abgegebenen Stimmen verschieden. Das ist sicher nichts anderes als eine ungleichmäßige und daher verfassungsmäßig unzulässige Ausgestaltung des Wahlrechts."

Die Todesstrafe im Strafrechtsausschuß.

Berlin, 26. April. Der Strafrechtsausschuß des Reichstags setzte am Freitag die Aussprache über die Todesstrafe fort. Die Abgeordneten Dr. Ehlermann (Dem.) und Marum (Soz.) traten für die Beseitigung der Todesstrafe ein. Für die Aufrechterhaltung erklärten sich die Abgeordneten Dr. Wunderlich (D. Vp.), Jörissen (W.P.) und Wegmann (Ztr.). Auf eine Anfrage teilte Justizminister v. Guerard mit, daß er als Minister des damaligen Kabinetts die in dem Schreiben des Ministers Koch-Weser vom 10. Mai 1928 an die Länder für die Uebergangszeit erfolgte Stellungnahme billige. Seit diesem Schreiben sei in keinem deutschen Lande eine Vollstreckung von Todesurteilen erfolgt. Eine über dieses Schreiben hinausgehende Einwirkung auf die allgemeine Gnadenpraxis der Länder sei ihm nicht möglich. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärte, die Sozialdemokratie müsse in konsequenter Verfolgung ihres Willens auf Beseitigung der Todesstrafe für den Antrag Kahl stimmen.

Zörgiebel rüstet zum 1. Mai.

Berlin, 26. April. Die Kommunisten wünschen, daran ist gar kein Zweifel, daß es am 1. Mai zu Straßenkämpfen kommt. Man will sich, wenn nicht anders, dann mit Gewalt die Straße erobern. Es ist verständlich und es ist löblich daß, daß die Polizei die erforderlichen Maßnahmen trifft. Man hält die Zahl der Beamten für völlig ausreichend, um hier in Berlin irgendwelche Unruhen schon im Keime ersticken zu können. Freilich wird für die gesamte Schutzpolizei schon von Dienstag ab erhöhte Alarmbereitschaft vorgeschrieben werden. Zunächst wird es sich darum handeln, während der Nacht zum 1. Mai die Betriebsbahnhöfe der Straßenbahn und der Hochbahn so zu sichern, daß der Verkehr, den die Verkehrs-A.G. aufrechterhalten will, nicht durch die Kommunisten abgedrosselt wird. Gegen Mittag wird die Polizei dann besonders stark in Anspruch genommen sein. Wenn die Saalversammlungen der Gewerkschaften beendigt sind, dann wird es darauf ankommen, den geschlossenen Abmarsch zu verhindern. Kriminalpolizei und Schutzpolizei werden außerdem einen besonders starken Streifendienst einrichten, bei dem auch Schnell-Lastautos Verwen-

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Austrägern entgegengenommen

nung finden sollen. Auch für den späten Abend nach Eintritt der Dunkelheit sind besondere Vorsichtsmaßnahmen vorgeschrieben. Jedenfalls soll das Verbot jeglicher Demonstrationen unter freiem Himmel strikte durchgeführt werden. Warnungen des Polizeipräsidenten an den Anschlagsäulen mahnen den friedlichen Bürger, sich an diesem kommunistischen Großkampftage so wenig als möglich auf der Straße sehen zu lassen.

Eine Entschließung der Breslauer Tagung der Wirtschaftsverbände.

Breslau, 26. April. Der Hauptausschuß des Reichsverbands der deutschen Industrie und der Ausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nahmen in ihrer gestrigen gemeinsamen Sitzung aufgrund des Referats von Herrn Generaldirektor Dr. ing. h. c. Schmidt eine Entschließung an, in der es heißt, daß die Belange der schlesischen Wirtschaft im Rahmen der gesamten Ostfragen nachdrücklichste Beachtung erfordern. Die deutsche Wirtschaft und namentlich die deutsche Industrie erkennen die besonders schwierige Lage, in die sich der Osten durch die Auswirkungen des Versailler Vertrages versetzt sieht, rückhaltlos an und unterstützen die Bestrebungen, durch geeignete Maßnahmen seitens des Staates und des Reichs einen Ausgleich zu suchen, voll und ganz. Bei dem der Sitzung folgenden Frühstück im Konzerthaus wies der Vorsitzende des Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Vereins, Generaldirektor Dr. Brennecke, auf den Zug nach dem Westen hin, der vor dem Krieg wertvolle Arbeitskräfte dem Osten entzogen hätte. Auch im Osten müßten Qualitätsarbeiter in genügender Anzahl zur Verfügung stehen. Es dürfe im Westen nicht ein Ueberangebot entstehen, das der Arbeitslosenversicherung zur Last fällt, während der Osten von Qualitätsarbeitern entblößt wird.

Die Hohenwestedter Bauernunruhen vor Gericht.

Neumünster, 26. April. Die Unruhen, die sich am 6. März d. Js. vor dem Gerichtsgefängnis in Hohenwestedt (Kreis Rendsburg) abspielten und die Befreiung eines einige Tage vorher verhafteten Malermeisters zum Ziele hatten, beschäftigten heute das hiesige erweiterte Schöffengericht. Vor 3 Wochen sind bereits 9 Teilnehmer an den Unruhen zu Gefängnisstrafen von 1—6 Monaten verurteilt worden. Diesmal hatten sich 10 Angeklagte, meist Bauern aus der Nortorfer und Eisendorfer Gegend, wegen versuchter Gefangenenbefreiung und Nötigung zu verantworten. Das Gericht erkannte auf Gefängnisstrafen von 1—4 Monaten; ein Angeklagter wurde freigesprochen. Unter den Verurteilten befindet sich auch der Landvolkführer Hamkens-Totenbüll, der 3 Monate Gefängnis erhielt.

Deutschland steht allein.

Genf, 26. April. Heute vormittag kam nach einer zweistündigen Verhandlung über die Luftstreitkräfte in Fortführung der gestrigen Beratungen das Kapitel der Landstreitkräfte zur Sprache, zu dem der deutsche Delegierte Graf Bernstorff eine sehr ausführliche Rede vorbereitet hatte. Bevor er aber noch dazu kam, sie zu halten, verlangte der amerikanische Delegierte Gibson das Wort zu einer wichtigen Erklärung. Was Gibson, der bisher in der Frage der ausgebildeten Reserven immer den deutschen Standpunkt vertreten hatte, erklärte, war im wesentlichen folgendes: **Die amerikanische Regierung steht auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die ausgebildeten Reserven eine bedeutende Verstärkung der Friedensstreitkräfte eines Landes darstellen. Aber sie ist bereit, sich der Anschauung der Mehrheit derjenigen Länder anzuschließen, deren Rüstungen hauptsächlich Landrüstungen sind. Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß eine Konvention nur durch gegenseitiges Entgegenkommen zustande kommen kann, und sie macht das Maximum an Konzessionen, was ihr möglich ist, in der Hoffnung, nicht ein Handelsgeschäft zu beginnen, sondern im Gegenteil mit offenen Karten zu spielen, um auch von den anderen Delegationen sofort zu erfahren, welche weitestgehenden Konzessionen sie zu machen bereit sind.** Der Ton und der Inhalt der Ausführungen Gibsons überraschte die ganze Kommission derartig, daß Graf Bernstorff erklärte, er wolle die Erklärung Gibsons, die einen starken Eindruck auf ihn gemacht hätte, erst bis morgen überlegen, bevor er seine Rede halte. Der französische Delegierte Massigli nannte Gibsons Rede gar eine „historische Erklärung", die einen „ganz ungeheuren Fortschritt" in die Verhandlungen der Abrüstungskommission gebracht hätte. Die französische Regierung sei stets zu den „weitestgehenden Konzessionen" bereit gewesen. Aehnliches erklärte auch der japanische Delegierte Sato. Die Kommission vertagte unter großer Bewegung dann ihre weitere Beratung auf morgen vormittag.

Die Bedeutung der Gibson-Erklärung, wonach Washington den französischen Standpunkt in der Frage der Landstreitkräfte anerkennt, braucht kaum unterstrichen zu werden. Es ist klar, daß Amerika dafür Konzessionen Frankreichs in der Marinefrage zu erhalten wünscht.

Die Verhandlungslage beim Abrüstungsausschuß.

Genf, 26. April. Nach der heutigen Erklärung Gibsons, mit der amerikanischen Delegation im Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz das grundlegende Zugeständnis in der wichtigen Frage der ausgebildeten Reserven gemacht hat, sieht man allgemein mit der größten Spannung dem Verlauf der morgigen Sitzung entgegen. Die zu erwartenden Erklärungen dürften allerdings ebensowenig, wie die bereits heute von Frankreich und Japan erteilten Antworten, irgendwelchen Aufschluß über die Art der Konzessionen bringen, zu denen Gibson heute die Länder aufgefordert hat, deren militärisches Hauptinteresse in der Abrüstungsfrage an den Landstreitkräften liegt. Solange über die Art der Konzessionen nichts bekannt ist, die die europäischen Landmächte zu machen bereit sind, lassen sich aus der heutigen amerikanischen Erklärung und über den Gang der weiteren Arbeiten, deren Schwierigkeiten vielleicht erst nach der Beratung des Kapitels über das gelagerte Kriegsmaterial erkennbar werden, noch keine Schlußfolgerungen ziehen. Man darf annehmen, daß diese Auffassung in der morgigen Sitzung nicht nur von Graf Bernstorff zum Ausdruck gebracht werden wird, der bei dieser Gelegenheit unter Aufrechterhaltung der deutschen Forderung nach Einbeziehung der ausgebildeten Reserven als entscheidenden personellen Faktor den deutschen Standpunkt und die deutschen Vorschläge zur Herabsetzung der Effektivbestände eingehend begründet wird.

52 Millionen Francs deutsche Entschädigung an die französische Nordbahn.

Paris, 26. April. Vor dem gemischten deutsch-französischen Schiedsgericht in Paris wurde das Reich heute zur Zahlung von 52,7 Millionen Francs an die französische Nordbahn-Gesellschaft verurteilt. Die Entschädigung gilt für die Benutzung der französischen Eisenbahnanlagen im französischen besetzten Gebiet während des Krieges.

Vergebung v. Straßenbauarbeiten.

Für den Neubau der Staatsstraße Nr. 85, Tübingen—Calw auf der Markung Stammheim:

Los I: Abzweigung von der alten Staatsstraße Calw—Stammheim bis zur Straße Stammheim—Gechingen (rund 2000 m) sind nachstehende Arbeiten nach dem Preislistenverfahren zu vergeben:

Erdaushub	rund	10100	cbm
Reinplanie	„	2000	lfdm
Vorlage	„	13100	qm
Muschelkalkschotter	„	2100	cbm
Vorlage für den Gehweg	„	2200	qm
Trockenmauerwerk	„	100	cbm
Zementröhren	„	500	lfdm
Pflaster	„	200	qm
Sicherheitssteine	„	160	Stück.

Ferner eine Eisenbetonplattenbrücke mit rund 30 cbm Beton und 10 cbm Eisenbeton.

Die Vergebungsunterlagen sind in den Geschäftsstunden in der Zeit vom **Mittwoch den 1. Mai bis Samstag den 4. Mai ds. Js.** beim **Straßen- und Wasserbauamt in Calw** einzusehen, woselbst auch Leistungsverzeichnisse abgegeben werden.

Die Angebote müssen je mit berechneter Endsumme, unterschrieben in verschlossenem Umschlag und mit der Aufschrift „Straßenbau Stammheim OA. Calw" versehen, spätestens bis **Montag den 6. Mai 1929, nachmittags 2½ Uhr**, beim **Straßen- und Wasserbauamt Calw** eingereicht werden. Der Eröffnung der Angebote zu diesem Zeitpunkt können die Bewerber oder ihre Bevollmächtigten anwohnen. Zuschlagsfrist: 21 Tage.

Calw, den 24. April 1929.

Straßen- und Wasserbauamt.

Vergebung von Straßenbauarbeiten

Für die Erbreiterung der Staatsstraße Nr. 109, Pforzheim—Wildbad—Schönegründ, km 12,000—km 16,692, von der Eyachbrücke bis Calmbach sind nach dem Preislistenverfahren zu vergeben:

a) Bauarbeiten für die Strecke von km 12,000—km 13,056, von der Eyachbrücke (Abzweigung der Staatsstraße 111) bis Höfen:

Erdaushub	rund	1700	cbm
Reinplanie	„	1100	lfdm
Vorlage	„	300	cbm
Muschelkalkschotter	„	180	cbm
Zementröhren (alt) zu verlegen	„	150	lfdm

b) Bauarbeiten für die Strecke von km 14,137—km 16,692, vom Etter Höfen bis Calmbach:

Erdaushub	rund	1500	cbm
Reinplanie	„	2600	lfdm
Vorlage	„	600	cbm
Muschelkalkschotter	„	300	cbm
Zementröhren ϕ 15 und 25 cm	„	250	lfdm
Mauerwerk	„	140	cbm

und sonstige kleinere Arbeiten.

Die Vergebungsunterlagen sind in den Geschäftsstunden in der Zeit **vom Mittwoch den 1. Mai bis Samstag den 4. Mai ds. Js.** auf dem Straßen- und Wasserbauamt in Calw einzusehen, woselbst auch die Leistungsverzeichnisse abgegeben werden.

Die Angebote müssen je mit berechneter Endsumme, unterschrieben, in verschlossenem Umschlag und mit der Aufschrift „Straßenbau Höfen" versehen, spätestens bis **Montag den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr**, beim Straßen- und Wasserbauamt eingereicht werden. Der Eröffnung der Angebote zu diesem Zeitpunkt können die Bewerber oder ihre Bevollmächtigten anwohnen. Es wird sich vorbehalten, beide Teile an einen Unternehmer zu vergeben.

Zuschlagsfrist: 21 Tage.

Calw, den 24. April 1929.

Straßen- und Wasserbauamt.

Gemeinde Birkenfeld.

Für die **Erstellung eines zweiten Hochbehälters** sind die

Grab-, Beton- und Eisenbeton-Arbeiten,

sowie die **Lieferung und Verlegen von Röhren und der erforderlichen Armaturen** zu vergeben. Die erforderlichen Unterlagen liegen bei der unterzeichneten Stelle vom **Dienstag den 30. April d. J. bis Freitag den 3. Mai d. J.**, je einschließlich zur Einsicht auf, woselbst etwaige Angebote, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis **Montag den 6. Mai**, vormittags 11 Uhr, einzureichen sind. Der anschließenden Offerteröffnung können die Bewerber beiwohnen.

Birkenfeld, 26. April 1929.

Ortsbauamt: Nürk.

Darlehenskassenverein Birkenfeld.

Im Interesse einer geordneten Geschäftsführung müssen wir unsere Mitglieder ersuchen, die **Konto-Anerkenntnisse**

umgehend

beim Vorsteher abzuliefern.

Der Vorstand.

Birkenfeld.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum dreistockigen Wohnhausneubau des Herrn **Wilh. Ulshöfer** vergebe ich im Auftrag die

Grab-, Beton-, Maurer-, Eisenbeton-, Dachdecker-, Zimmer-, Treppen-, Gipser-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Schmied-, Flaschner-, Installations-, Maler- und Tapezier-Arbeiten.

Die Unterlagen sind in meinem Geschäftszimmer in Birkenfeld **ab Dienstag den 30. ds. Mts.**, je nachmittags, zur gefl. Einsicht aufgelegt, wohin auch die Angebote spätestens bis **Samstag den 4. Mai 1929, nachm. 4 Uhr**, erbeten werden. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Birkenfeld, den 26. April 1929.

I. A. Die Bauleitung:

W. Hildenbrand,
Architekt,
Baumeister und Wasserbautechniker.

Musikschule Neuenbürg.

Gründlichster Unterricht in allen Fächern.

Abonnementspreis Mk. 1.80 pro Stunde.

Musikdirektor Müller.

Auskünfte kostenlos. Fernruf 181.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen

Bezirk Neuenbürg.

Am **Sonntag den 28. April**, nachmittags ½2 Uhr, findet in **Vaihingen a. d. Enz**, Saalbau zum „Adler", unsere diesjährige

Kreis-Generalversammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Protokoll- und Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahlen des Gesamtvorstandes. 4. Referat: Reichsbundkriegersiedlung. Referent: Kamerad Schmidt, Eßlingen. 5. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch dieser überaus wichtigen Versammlung erwartet

die Bezirksleitung: Fritz.

Lieferung von 100 Nachttischen

für die Charlottenhöhe hat im Auftrag zu vergeben

Weischedel, Wildbad.

Gotthold Mauthe
Luise Mauthe
geb. Büchert
Vermählte

Neuenbürg — Feldrennach/Stuttgart

20. April 1929.

Freiwillige Feuerwehr Neuenbürg.

Am **Samstag den 4. Mai 1929, abends 6 Uhr**, findet eine

Uebung für das ganze Korps

statt. Mit voller Ausrüstung.

Das Kommando.

Konditorei-

Café Möhrle, Neuenbürg

Sonntag den 28. April

Frühlingstorte, Holländertorte, Rahmgefrorenes

Täglich: Jedes Quantum tiefgekühlten süßen Rahm

Turnverein Neuenbürg.

Am Sonntag nachm. 2 Uhr

Handball

gegen Turnverein Wildberg im breiten Tal.

W. Gauß, Neuenbürg-Vorstadt

Eier zum Einlegen billigst!

Gewiß ein gutes Zeichen für die Güte ist, daß fast jeder Kunde, der von mir

Weinrosinen

bezog, wieder nachbestellt. Jetzt ist es Zeit, wollen Sie im Sommer einen guten u. billigen

Haustrunk

haben, so verlangen Sie sofort Muster und Preise sowie Anleitung gratis. Das Liter kommt auf ca. 10—12 Pfg.

Karl Beck, Creglingen
a. d. Tauber.

Möbel,

neu und gebraucht, kauft man billig bei

Henninger, Möbelhandlung
Theaterstraße 3, **Pforzheim**,
Telefon 3203.

Eyachbrücke.

Heute und morgen frische

Tellersulzen

bei

„Kienzle" z. Eyachbrücke.

Arnbach.

Motorrad (NSU),

Sportmodell, 750 ccm mit Beiwagen in sehr gutem Zustand zu verkaufen.

Haus Nr. 31.

Holzkaufzettel,

neues Formular,

vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhdlg.

Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag den 28. April.
(S. Cantate.)
10 Uhr Predigt (Matth. 10, 24—33; Lied Nr. 14):
Dekan Dr. Megerlin.
½2 Uhr Christenlehre (Töchter):
Stadtvikar Stahl.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.
In Waldrennach ist am Sonntag um ½10 Uhr Gottesdienst

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg.

Am Sonntag den 28. April.
9 Uhr Predigt und Amt.
½2 Uhr Christenlehre u. Andacht.

In Birkenfeld

10½ Uhr Predigt und hl. Messe.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Unsere Angebote in
Damen-Konfektion
Popeline-Kleid mit weißem Kragen und Stulpen 12.50
Rips-Kleid in den schönsten Modefarben 19.50
Crepe-Cald-Kleid in Pulform in schönen hellen Dessins 23.50
Velboutinekleid in rosenholz, marine und grün 29.50
Crepe dechine Kleid apparter Seidenstickerei 36.-
Velboutinekleid mit flotter Taschenstickerei in rot und dunkelblau 38.-
Wollgerippte Kleid reizende Mischart nur in modernen Farben 48.-
Blusen Waschseide, geblumt und gestreift 5.90
Blusen schwarz-weiße Waschseide 7.90
Bulgaren-Bluse weiß Vollvoile bandgestickt 9.75 8.90
Blusen Charmeuse, Sportform mit langer Seitenkravatte 11.75
Blusen Toile de soie, in allen modernen Farben 18.50
Blusen Crepe de chine, reich mit Stürmchen garniert 19.75
Plissé-Röcke marine und schwarz 5.90
Plissé-Röcke Ripp, fein plissiert 8.95
Woll-Röcke weiß, plissiert 9.75 6.95
Extra billiges Angebot in Pulover-Kleidern 6.85
in allen Größen und diversen Farben
48.-
Rips-Kostüm
marine und schwarz
Jacke ganz gefüttert
39.-
Mantel aus englischarig. Stoffen mit Satelfutter 12.75
Mantel aus gutem haltbaren Herrenstoff moderne Dessins 18.50
Mantel aus reiner Wolle aus apartem Stoffen 27.50
Mantel sehr hoch ganz gefüttert 37.50
Eleganter Rips-Mantel halb gefüttert 39.50
Mantel aus prima Herrenstoff ganz gefüttert 49.-
Mantel aus neuartigen Herrenstoffen ganz gefüttert 55.-
Flottes Kostüm
Jacke auf Damassé
Jugendlicher Hut mit flottem Aufschlag 2.90
Solider Frauenhut Exoten-Imitation 2.90
Fesche Glocke Rand einseitig länger, mod. bunt. Geflecht 3.90
Knopf, Pforzheim
Moderne Glocke mit sehr hübscher Bandgarnitur 4.90
Großer Kleiderhut aus apartem Geflecht u. Blumengarnit. 6.90
Eleganter Damenhut aus Hanf mit artig. Bandgarnierung 9.50